



Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung

NEWSLETTER 06/2019

Sozialcharta für Solo-Selbständige und Kleinunternehmer

Honorarärzte dürfen nicht die Regel sein

Selbstständige Ärzte überbrücken Engpässe. Das Bundessozialgericht prüfte nun, ob es sich dabei um Scheinselbstständigkeit handelt, und erlaubt Honorarärzte nur in Ausnahmefällen. Das geht aus einem Urteil des Bundessozialgerichts (BSG) von 04. Juni hervor. Demnach unterliegen Honorarärzte meist der Sozialversicherungspflicht und die Kliniken müssen entsprechende Abgaben abführen.

„Zwingende Regelungen des Sozialversicherungsrechts und des Arbeitszeitrechts und sonstigen Arbeitnehmerschutzrechts können nicht dadurch außer Kraft gesetzt werden, dass Arbeitsverhältnisse als Honorartätigkeit bezeichnet werden“, sagte BSG-Präsident Rainer Schlegel. Dieses Urteil hat durchaus Vorbildcharakter für andere Branchen.

Die Deutsche Rentenversicherung war bei Überprüfungen zu dem Schluss gekommen, dass die Honorarärzte oftmals nicht wie Freiberufler beschäftigt werden, sondern wie abhängig Beschäftigte. Damit muss für sie Arbeitslosenversicherung und teilweise auch Rentenversicherung abgeführt werden.

Quelle: neues-deutschland.de

Für Honorarpflegekräfte sind Sozialabgaben fällig

In die gleiche Richtung wie bei den Honorarärzten ging ein Urteil des BSG am 07. Juni zu den Honorarpflegekräften. Denn selbst wenn Pflegekräfte auf Honorarbasis nur tageweise und in besonderen Bedarfslagen in einem Alten- und Pflegeheim eingesetzt werden, liegt regelmäßig eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vor, urteilte das Bundessozialgericht (BSG).

Quelle: neues-deutschland.de

Damit liegen höchstrichterliche Entscheidungen für den Gesundheits- und Pflegebereich vor. Die Umsetzung werden wir genau beobachten. Eine ähnliche Situation gibt es im Bildungsbereich mit den Honorarlehrern und –dozenten an Volkshochschulen, Musikschulen, in Integrationskursen sowie an Hochschulen. Auch diese Personen sind oft mit Verträgen gebunden, die Honorartätigkeit beinhalten, aber den Charakter von Arbeitsverhältnissen haben.

Aus dem Landesverband Berlin-Brandenburg

Martin Schirdewan, EU-Abgeordneter der Partei Die Linke im Europäischen Parlament, zu Gast beim Unternehmerfrühstück im KulturGut Marzahn

Am 7. Juni 2019 trafen sich traditionell, auf Einladung von Petra Pau, MdB der Linksfraktion und Bundestagsvizepräsidentin, Dagmar Pohle, Bürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf (war terminlich verhindert) und OWUS Berlin-Brandenburg, Unternehmerinnen und Unternehmer, Vertreter des Kreisverbandes der Linkspartei und weitere Sympathisanten zum Unternehmerfrühstück im Marzahner KulturGut. Der Raum war gut besucht und Petra Pau übergab nach kurzer Begrüßung gleich das Wort an Martin Schirdewan. Er informierte über die derzeitigen Anstrengungen der Linken, das Wahlergebnis zu den Europawahlen zu analysieren und entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen. Dabei hob er hervor, dass die Linke nur ungenügender Gegenspieler zur Europäischen Rechtsbewegung war und neue Strategien erforderlich seien. Die neu zu bildende Linksfraktion in Brüssel hat sich zahlenmäßig verringert und das erfordert nun weitere Anstrengungen, um im Parlament Gehör und Einfluss zu finden. Die Konstituierung des neu gewählten Europaparlaments, die Bildung der Fraktionen und die damit im Zusammenhang stehende Fragen der Wahl des Kommissionspräsidenten standen ebenso im Mittelpunkt seiner Ausführungen, wie die Fragen der Klimaentwicklung und die wirtschaftlichen Konsequenzen.

In der anschließenden Debatte wurden Themenfelder zur Rolle der Linkspartei, der Aufschwung der Grünen, Brexit und Friedenspolitik zum Teil sehr kontrovers diskutiert. Anschließend nutzten die Gäste die individuelle Möglichkeit, das Gespräch mit Martin Schirdewan bei Schmalzstullen und Kaffee weiterzuführen.

Für den September 2019 wird Anke Domscheit-Berg, Bundestagsabgeordnete der Linkspartei im Deutschen Bundestag, zum Unternehmerfrühstück in Marzahn erwartet. Sie war bereits für den 07. Juni angekündigt, mehrere namentliche Abstimmungen machten jedoch ihre Anwesenheit im Bundestag erforderlich.

RG

Sommerfest der Thüringer Landesvertretung

Bei traditionellen Sommerfest am 25. Juni war auch OWUS eingeladen und der Vorsitzende des Vorstands konnte die Gelegenheit nutzen, um mit Politikern in direkten Kontakt zu kommen. In Gesprächen mit dem thüringischen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow und der Sozialministerin Heike Werner bot sich die Gelegenheit, für das Engagement im Bundesrat hinsichtlich der Verbesserung der sozialen Lage von Solo-Selbständigen zu danken.



Auch mit dem Generalsekretär der CDU Paul Ziemiak ergab sich die Gelegenheit zu einem kurzen Gespräch. Das Anliegen von OWUS, vor allem die Lage der kleinen Unternehmer und Solo-Selbständigen zu verbessern, fand seine Zustimmung.

25 Jahre OWUS

„Da sind wir immer noch – 25 Jahre OWUS 1994 - 2019“ – das Kolloquium zum 25. Geburtstag von OWUS Berlin-Brandenburg am 22. Oktober nimmt immer mehr Gestalt an. Unter dem Thema „Wirtschaftliche Vernunft und soziale Verantwortung im Wandel der Zeit“ wollen wir gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Gästen

diskutieren über:

- den wirtschaftspolitischen Ansatz der Linken in Ostdeutschland;
- die Gestaltung des erforderlichen Strukturwandels in Brandenburg und seine Konsequenzen für die Kommunen;
- über die Zukunft der Gemeinwohl-Ökonomie als ein alternatives Wirtschaftsmodell sowie die Kampagne von SODI e. V. über unternehmerische Verantwortung.

Für das vom Verlagsleiter des „neuen deutschland“ moderierte Podiumsgespräch haben ihre Teilnahme zugesagt – Matthias Höhn (MdB der Linksfraktion, Ostbeauftragter der Fraktion), Ralf Christoffers (Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Brandenburger Landtag), Ute Hustig (Bürgermeisterin in der Gemeinde Nuthetal) und Dr. Sarah Ninette Kaliga (Geschäftsführerin von SODI e. V.). Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Vorstands von OWUS Berlin-Brandenburg Dr. Rolf Sukowski werden sie zu den o. g. Themen zusammen mit dem Publikum diskutieren.

Meldungen aus der Wirtschaft

Ausdehnung der Meisterpflicht im Handwerk

Die Meisterpflicht soll wieder auf mehr Handwerksberufe ausgedehnt werden. Außer dem Vertreter der Monopolkommission waren sich darin alle Sachverständigen bei einer Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie am 26. Juni einig. Der Sitzung unter Leitung von Klaus Ernst (Die Linke) lagen Anträge der Oppositionsfraktionen zugrunde. 2004 war die Zahl der Handwerke, für die ein Meisterbrief verpflichtend ist, eingeeengt worden.

Quellen:

hib - heute im Bundestag 722/2019 vom 26.06.2019 (mit Auszügen aus den Erklärungen von Sachverständigen)

<https://www.bundestag.de>

[/hib#url=L3ByZXNzZS9oaWlvNjQ5NTM4LTY0OTUzOA==&mod=mod454590](https://www.bundestag.de/hib#url=L3ByZXNzZS9oaWlvNjQ5NTM4LTY0OTUzOA==&mod=mod454590)

Antrag der Linksfraktion vom 14.05.2019 „Attraktives Handwerk – Meisterpflicht ausweiten, Tarifbindung erhöhen, Aus- und Weiterbildung fördern“ DS 16/10154

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/101/1910154.pdf>

Geschäftsgeheimnisgesetz

Am 8.6.2016 ist die europäische Richtlinie über den Schutz vertraulichen Know-hows und vertraulicher Geschäftsinformationen (Geschäftsgeheimnisse) vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechtswidriger Nutzung und Offenlegung in Kraft getreten (RL 2016/943/EU). Erklärtes Ziel der Richtlinie war es, den Schutz von Geschäftsgeheimnissen, die einen enormen wirtschaftlichen Wert darstellen können und ein besonderes Schutzbedürfnis gerade bei innovativen und forschenden Unternehmen begründen, europaweit anzupassen.

Quelle:

<https://www.bundesanzeiger-verlag.de/betrifft-unternehmen/unternehmensrecht/aktuelles/news-details-fachbeitraege-unternehmensrecht/artikel/das-neue-geschaeftsgeheimnisgesetz-31349.html>

Gemeinwohl-Ökonomie

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen macht sich für den Ansatz einer Gemeinwohl-Bilanzierung stark. In einem Antrag vom 26. Juni (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/111/1911148.pdf>) fordern sie die Bundesregierung auf, mindestens zwei

Unternehmen mit Bundesbeteiligung für ein entsprechendes Pilotprojekt zu gewinnen.

Quelle:

hib - heute im Bundestag 733/2019 vom 27.06.2019

<https://www.bundestag.de/hib?url=L3ByZXNzZS9oaWlvNjQ5NzI4LTY0OTcyOA==&mod=mod454590>

Termine und Veranstaltungen

03.-06.10.2019

XVII. OWUS-Unternehmerfahrt nach Dresden und Meißen

vorläufiges Programm: siehe Newsletter 01/2019 unter www.OWUS.de

VORANKÜNDIGUNGEN

06.09.2019

Unternehmerfrühstück mit Anke Domscheit-Berg (MdB, DIE LINKE, Obfrau im Ausschuss Digitale Agenda)

Thema u. a.: Digitalisierung und Zukunft der Arbeit

9:00 Uhr im KulturGut Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin

22.10.2019

Kolloquium mit dem Arbeitsthema „**25 Jahre OWUS – soziale Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft im Wandel der Zeit**“

ab 16:00 Uhr im Bürogebäude Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin



Wir gratulieren unserem
Geburtstagskind im Juli!

Gerhard Bäßler * 18.07.

Links

OWUS auch auf www.facebook.com/owus.dachverband

Wirtschaft anders denken: www.oxiblog.de

Gemeinwohl-Ökonomie: www.ecogood.org/de/

Impressum:

OWUS e. V.

*V. i. S. d. P.: Dr. Rolf Sukowski
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin*

E-Mail: kontakt@owus.de

Newsletter abbestellen

